

In dieser Ausgabe:

- ❖ **EUA:** WIRTSCHAFTSKRISE UND DIVERSIFIZIERUNG
EUA-Bericht zeigt die Konsequenzen der Wirtschaftskrise für die Hochschulen
- ❖ **BELGIEN:** ENGSTIRNIGES ÖKONOMIESTUDIUM
Belgien debattiert über die Qualität des Wirtschaftsstudiums
- ❖ **BELGIEN:** ZUWANDERUNG DER VETERINÄRMEDIZINER
Bessere Bedingungen ziehen französische und niederländische Studenten nach Belgien
- ❖ **BULGARIEN:** VIEL VERSPRECHENDER NEUER BILDUNGSMINISTER
Neuer bulgarischer Bildungsminister Sergej Ignatow verteidigt
- ❖ **DÄNEMARK:** ELITENZIRKULATION IN DER DÄNISCHEM MEDIZINERAUSBILDUNG
Die Ärzte in Dänemark bleiben unter sich – mit negativen Auswirkungen
- ❖ **DEUTSCHLAND:** TRÜGERISCHER KONSENS ÜBER STUDENTENPROTESTE
Hochschulen und Politiker räumen halbherzig Fehler bei der Bologna-Reform ein
- ❖ **FRANKREICH** SETZT AUF UNTERNEHMERISCHE STUDENTEN
Hochschul- und Wirtschaftsministerium finanzieren Unternehmerzentren an Hochschulen
- ❖ EU VERSTÄRKT DRUCK AUF **GRIECHENLAND**
Griechenland soll ausländische Diplome anerkennen
- ❖ **GROSSBRITANNIEN:** NÄCHSTES JAHR 10.000 PFUND GEBÜHREN?
Eine unabhängige Kommission überprüft eine Erhöhung der Studiengebühren – nach den Wahlen
- ❖ **IRLAND:** FORSCHUNGSFINANZIERUNG GEKAPPT
Drastische Kürzungen gefährden laut Fachleuten den irischen Forschungsstandort
- ❖ IRISCHE STUDENTEN MONIEREN GEBÜHRENMISSBRAUCH
Nur ein Drittel der Gebühren wird für Studentenservices verwendet
- ❖ **ITALIEN:** WIE RENTABEL IST EIN STUDIUM?
Die Bank von Italien errechnet: Ein Studium wirft höhere Renditen ab als Aktien
- ❖ **NIEDERLANDE:** KRISE DER GEISTESWISSENSCHAFTEN ANERKANNT
Das Bildungsministerium verordnet eine Geldspritze für die Geisteswissenschaften
- ❖ **ÖSTERREICH:** STUDENTEN SCHLAGEN NOVELLE FÜR FACHHOCHSCHULEN VOR
In Fachhochschulen sind Studiengebühren noch nicht abgeschafft und Mitspracherechte fehlen
- ❖ **SPANIEN:** FORSCHUNG AM TROPF
Spanien ist vom angestrebten Forschungsvolumen weit entfernt

$$\ln w_{it} = c + \theta S_i + a E_{it} + b E_{it}^2 + d D_{sesso_i} + D t_i + u_i$$

Studentenproteste in ganz Europa zeigen: Sie sind keine linken Splittergruppen mehr, sondern sie tun, wie ihnen geheißen wurde: Sie schauen aufs Geld. Und sie schauen auf die Qualität des Studiums. Protestmeldungen aus **Deutschland** und **Irland**.

Die Wirtschaftskrise, alles andere als vorbei, zeigt Wirkung: Forschungsmittel werden eingespart in **Spanien** und **Irland**. EIN EUA-Bericht zeigt die Schwierigkeiten der Universitäten **Europas**, mit weniger Mitteln und von privatwirtschaftlichen Erträgen zu überleben.

In **Irland** und **Österreich** beteiligen sich Studenten aktiv an der Hochschulreform. Hier monieren sie die Zweckentfremdung von Gebühren, dort präsentieren sie eine Gesetzesnovelle für Fachhochschulen.

Wissenschaftskritische Fragen beschäftigen die **Niederlande** – dort werden die Geisteswissenschaften gefördert; in **Belgien** werden die Scheuklappen der Wirtschaftswissenschaften debattiert.

Bulgariens neuer Bildungsminister, ein Ägyptologe, nimmt sich große Reformen vor – während **Griechenland** sich weiter wehrt, private bzw. ausländische Abschlüsse anzuerkennen.

Frankreich fördert unternehmerische Studenten, in Großbritannien wird geprüft, ob sie höhere Studiengebühren vertragen, und **Italien** errechnet mit der obigen Formel von Mincer die individuelle und gesellschaftliche Rentabilität eines Hochschulstudiums.

ESNA – die einzigen europäischen Hochschulnachrichten, die diesen Namen verdienen.

EUA: WIRTSCHAFTSKRISE UND DIVERSIFIZIERUNG

Die Wirtschaftskrise ist für die Universitäten keineswegs ausgestanden. Ein Bericht der European University Association EUA zeigt, wie viele Hochschulen von Kürzungen betroffen sind und weitere im nächsten Jahr erwarten. Besonders hart ist Lettland geschlagen, dem 2009 nur noch ein Drittel (35 %) seines ursprünglich vorgesehenen Hochschulbudgets zur Verfügung steht.

Der auf einer Befragung von 140 Universitäten in 27 Ländern beruhende Bericht ergab auch, dass 80 % mehr auf Diversifizierung ihrer Einnahmequellen setzen. Die Aussichten sind, trotz vielfältiger Strategien und Reformen, keineswegs positiv, decken die erwirtschafteten Mittel doch immer weniger die Kosten. Ein Großteil der Hochschulen sehen daher 2010 bange entgegen und erwarten weitere Kürzungen der öffentlichen Mittel. Unter dem Druck, mehr Einnahmen selbst zu erwirtschaften, mangelt es vielen Universitäten an der nötigen Autonomie und organisatorischen Unterstützung des Staates. [956]

[EUA/EUDIS-Bericht](#), 16.-17.10.2009 (auf Englisch) |

EUA-Reaktionen zur Wirtschaftskrise siehe *Bulletin N°23* – 20.5. und *N°016* – 1.4.2009

BELGIEN: ENGSTIRNIGES ÖKONOMIESTUDIUM



Ivan Van de Cloot, geb. 1977,
Chefökonom an dem
belgischen Institut ITINERA

Eine aktuelle Debatte stellt die Fortschrittlichkeit des Wirtschaftsstudiums in Belgien in Frage. Ivan Van de Cloot, Chefökonom des Thinktanks ITINERA in Brüssel, sieht Wirtschaftsgeschichte und unterschiedliche Wirtschaftstheorien immer mehr aus den Lehrplänen seines Faches verschwinden. Dreieinhalb bis viertausend Wirtschaftsabsolventen gibt es in Belgien jährlich, und die meisten hatten nur einen einzigen Pflichtkurs Geschichte in ihrem ganzen Studium. Sogar der liberale Wirtschaftswissenschaftler Paul de Grauwe von der Katholischen Universität Löwen sieht hier eine Ursache für die Finanzkrise: „Es gab eine dominante Denkrichtung, und zu viele Makroökonom

sind in diese intellektuelle Falle getappt.“ In den Worten Van de Cloots: „Viele junge Ökonomen kennen die Vielfalt wirtschaftlicher Ideen nicht und sind dadurch unfähig, eine kritische Distanz zum Mainstreamdiskurs einzunehmen.“ [898]

[Artikel](#) von P. de Grauwe im *Standaard*, 07.11.2009 | Ivan Van de Cloot wird zitiert aus der Druckausgabe von *De Tijd*, 12.11. 2009 (beide auf Niederländisch)

BELGIEN: ZUWANDERUNG DER VETERINÄRMEDIZINER

Immer mehr junge Leute aus Frankreich und den Niederlanden kommen nach Belgien, um Veterinärmedizin zu studieren. Die Kurse finden in ihrer Muttersprache statt, die Zugangsbeschränkungen, die Gebühren und auch die Lebenshaltungskosten sind niedriger als zuhause. „Die Studienplätze in Belgien sind zwar beschränkt, aber nicht so beschränkt wie in Holland“, erzählt eine Studentin auf *Café Babel*, und Gent biete „ein großes Angebot an preiswerten

Studentenzimmern“. Dabei hat Gent einen riesigen Mangel an preiswerten Studentenunterkünften!

In Flandern kommen heute knapp ein Drittel (2007/08 31,2 %) der Veterinärstudenten aus dem Ausland, zwei Jahre vorher waren es noch ein Viertel (27,2 %). Dass es kaum Zugangsbeschränkungen gibt, hat seine Kehrseite: Die Abbrecherquote im ersten Jahr liegt bei 30%. Quoten, mit denen Wallonien seit 2006 den eigenen Absolventenbedarf zu schützen sucht, sind der EU bereits ein Dorn im Auge. [929]

BULGARIEN: VIEL VERSPRECHENDER NEUER BILDUNGSMINISTER

Der vergangene Woche als neuer bulgarischer Bildungsminister vereidigte Sergej Ignatow weckt neue Hoffnung für das im internationalen Wissenschaftsvergleich weit abgeschlagene Land. In seiner Amtsantrittsrede kritisierte Ignatow die patriarchalische Abhängigkeit der jüngeren Generationen im bulgarischen Hochschul- und Forschungsbereich und die „eingefrorene Umwelt“, die dieses Hindernis stetig regeneriert. Vor allem die wegen Korruption ins Gerede gekommene Bulgarische Wissenschaftsakademie sei überinstitutionalisiertes hierarchisches Gebilde, das eine „künstliche Nomenklatur“ konserviere.



Sergej Ignatow, geb. 1960,
bulgarischer Bildungsminister
seit November 2009

Der polyglotte, in St. Petersburg und Oxford ausgebildete Ägyptologe Ignatow ersetzt die zur Bürgermeisterin von Sofia gewählte Jordanka Fandakowa und will hoch hinaus: Unter seinen Vorhaben fürs nächste Jahr sind Reformen der schulischen und universitären Bildung und des staatlichen Forschungsbereichs nur einige. [912]

ELITENZIRKULATION IN DER DÄNISCHEN MEDIZINERAUSBILDUNG

Obwohl die skandinavischen Länder für ihre sozial gerechte Hochschulpolitik als vorbildlich gelten, gibt es auch hier elitäre Selektivität.

Das Institut für Volksgesundheit der Universität Kopenhagen hat in einer Untersuchung der Studienjahre 1992 und 2006 ermittelt, dass 47 % der Medizinstudenten aus Akademikerfamilien stammen, sechs von zehn sogar aus ausgesprochen wohlhabenden Verhältnissen – Tendenz weiter steigend. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Einsteiger aus ärmeren Schichten halbiert. Bei 17 % der Studenten ist ein Elternteil Mediziner, bei 34 % zumindest ein Verwandter.

Dieser akademische Inzest hat bereits negative Wirkungen: So fehlt dem Ärztenachwuchs oft die Fähigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse und medizinische Diagnosen allgemeinverständlich zu kommunizieren. Ein weiterer Nachteil ist die regionale Konzentration der Fachärzte in Kopenhagen und den großen Städten, nahe von einkommensträchtiger Urbanität. [947]

Institut für Volksgesundheit, Universität Kopenhagen

DEUTSCHLAND: TRÜGERISCHER KONSENS ÜBER STUDENTENPROTESTE

Seit der vergangenen Woche werden in Deutschland über 50 Hochschulen von Studenten besetzt und bestreikt. Über 85.000 Demonstranten in ganz Deutschland machten sich am 17.11. Luft gegen Studiengebühren, schlechte Lernbedingungen, zu wenig Mitsprachrechte, Verschulung und Leistungshatz. Während die Rektorate unterschiedlich reagieren, rufen die großen akademischen Gremien zu Dialogbereitschaft auf und räumen, wie der Präsident des Wissenschaftsrats Peter Strohschneider „handwerkliche Fehler“ bei der Umsetzung der neuen Strukturen ein.

Ob der neue Charakter der Proteste, die keine linke Minderheitenmeinung, sondern das Verzweifeln leistungsorientierter Studentenkreise über ein überladenes und überreguliertes Studium ausdrücken, wird aus den Worten des Präsidenten der Kultusministerkonferenz Henry Tesch nicht deutlich: Er lobte wacker die aktuelle deutsche Bildungspolitik und sieht vor allem die „Hochschulen in der Pflicht“. [934]

Henry Tesch in *BILD*, 15.11.2009 | Peter Strohschneider in *FOCUS*, 15.11.2009

FRANKREICH SETZT AUF UNTERNEHMERISCHE STUDENTEN



Vor dem Hintergrund zunehmend prekärer Arbeitsmärkte folgen Hochschulministerin Valérie Pécresse und Hervé Novelli, Staatssekretär des Handelsministeriums, den Empfehlungen des Kok-Berichts*, das individuelle

Unternehmertum durch bessere Kommunikationsangebote zu stärken. Hochschul- und vom Wirtschaftsministerium stellen gemeinsam 2 Mio. Euro bereit, um Unternehmerzentren, sog. „pôles de l'entreprenariat“, an Forschungszentren in Hochschulen und Grandes Écoles einzurichten, an denen Einfallreiche sich vernetzen können. Dazu werden spezielle Beraterstellen eingerichtet und jährliche Wettbewerbe ausgeschrieben. Bis 2012 soll der unternehmerische Aspekt in alle Studienpläne integriert werden. Ein Jahr nach der Einführung des Status des „Selbst-Unternehmers“ in Frankreich kennen nur die Hälfte (55 %) der Studenten diesen Begriff. Einer Hochschulumfrage von TNS Sofres zufolge haben 43 % der diesjährigen Absolventen (d.h. 3 % weniger als 2008) noch keine Arbeitsstelle gefunden. [986]

Studenten- und Absolventenumfrage des Vorjahres, TNS Sofres, 26.11.2008 | Webseite www.auto-entrepreneur.fr (beide auf Französisch) |

*„Kok-Bericht“, Brüssel, 03.11.2004 (auf Deutsch)

EU VERSTÄRKT DRUCK AUF GRIECHENLAND

Mit zwei Beschlüssen übt die Europäische Kommission erneut Druck auf die griechische Regierung aus, die Anerkennung von ausländischen Diplomen voranzutreiben.

Seit der letzten Ermahnung und der rechtskräftigen Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs im Oktober 2008 ist nach Meinung der EU in Griechenland nicht viel passiert. Den Lippenbekenntnissen der Regierung seien keine oder nur unzureichende Maßnahmen gefolgt.

Nach wie vor werden ausländische Abschlüsse – vor allem im Ingenieursbereich – nicht anerkannt. Diese Blockade privater Bildungsanbieter geht einher mit wiederkehrenden Kontrollen ausländischer Schulen im Land und rechtlichen und finanziellen Nachteilen für Arbeitnehmer. [693]

Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 20.11.2009

GROSSBRITANNIEN: NÄCHSTES JAHR 10.000 PFUND GEBÜHREN?

Eine Woche nach der Präsentation der Hochschulstrategie (s. *Bulletin N°040 - 18.11.2009*) wurde die Überprüfung der Studiengebühren durch eine unabhängige Kommission angeordnet. Geleitet wird sie von Lord John Browne, einem der angesehensten Geschäftsleute Englands und ehemaligen Vorstand von British Petroleum. Derzeit werden durch Studiengebühren jährlich 1,3 Mrd. Pfund eingenommen. Nicht genug, finden zahlreiche Rektoren von Forschungsuniversitäten und Vertreter aus Wirtschaft und Politik und drängen auf die Abschaffung der gesetzlichen Obergrenze von 3225 Pfund. Bis zu 10.000 Pfund schweben dem ein oder anderen vor.



Lord John Browne, geb. 1948,
Präsident der Royal Academy
of Engineering seit Juli 2006

Der Universitäts-Thinktank *Million+* warnte: „Studenten und Absolventen wollen Sicherheiten, dass sie nicht nur deswegen mehr bezahlen sollen, um für die staatlichen Kürzungen aufzukommen.“ Die Ergebnisse der Untersuchung werden nicht vor den großen Wahlen in England im nächsten Jahr veröffentlicht. [892]

Pressemitteilungen des BIS-Ministeriums und von *Million+*, 09.11.2009 (auf Englisch)

IRISCHE FORSCHUNGSFINANZIERUNG GEKAPPT

Die irische Forschungstiftung SFI steht nach Meinung von Hochschulpräsidenten und Wissenschaftlern kurz vor der Kapitulation. Nach der Kürzung ihres Budgets verbleiben seit Anfang letzter Woche nur noch drei von ursprünglich 28 Programmen im Angebot der landesweit größten wissenschaftlichen Finanzierungseinrichtung.

Im Rahmen des nationalen irischen Entwicklungsplans (NDP 2007-2013), verteilte die SFI bisher 1,4 Mrd. Euro an Forschungseinrichtungen. Durch das Programm für Hochschulinfrastruktur (PRTLII) erreichte die Stiftung, dass irische Forschungszentren – bis 1999 international kaum präsent – zum Magneten für weitere Investitionen wurden.

Der Präsident der Dublin City University Ferdinand von Prondzynski sieht Irlands Zukunft durch die Kürzungen gefährdet. Denn, so sagt er, „die wahre Bedeutung der Forschungsfinanzierung liegt darin, Irland als globalen Innovationsort zu präsentieren.“ [902]

Ferdinand von Prondzynski in *The Irish Times*, 10.11.2009 (auf Englisch)

IRISCHE STUDENTEN MONIEREN GEBÜHRENMISBRAUCH



Gary Redmond, Präsident der Studentengewerkschaft des University College Dublin (2009/2010)

Nur 505 der 1500 Euro Anmeldegebühr am University College Dublin (UCD) werden für Studentenservices ausgegeben, dieselbe Praxis wie am Trinity College Dublin. Auf diesen Verstoß gegen die seit Ende der 90er Jahre wirksamen Hochschulgesetze haben irische Studentenvertreter aufmerksam gemacht.

„Diese Praxis ist inakzeptabel“, sagte Gary Redmond, der Präsident der UCD-Studentengewerkschaft. „Die Studenten bezahlen jedes Jahr eine höhere Aufnahmegebühr und bekommen immer weniger dafür. Wichtige Services wie Beratungsstellen, die Bibliothek und das Career Office leiden stark unter den gegenwärtigen Kürzungen“, sagte Redmond und

forderte eine gesetzliche Begrenzung der Gebühren und ihre sachgemäße Verwendung. [703]

WIE RENTABEL IST EIN STUDIUM IN ITALIEN?

In Zeiten instabiler Märkte rät die Banca D'Italia: Finger weg von Aktien und Obligationen, investieren Sie in Studienabschlüsse!



Die zwei Ökonomen Federico Cingano und Piero Cipollone haben errechnet, wie sehr sich Investitionen für Staat und Individuum in Bildung auf lange Sicht lohnen. Der individuelle Ertrag eines Studiums liegt in Italien bei durchschnittlich 8,9 %, studiert eine Frau in Süditalien, erzielt sie sogar 9,4 %. Im Vergleich dazu werfen Aktien nur die Hälfte ab. Die soziale Rendite beträgt 7 %.

In ihrer Studie zur „Bildungsrendite“ werden in erster Linie die Einkommensunterschiede nach absolviertem Studium in Betracht gezogen. Anfänglich höhere Ausgaben des Staates führen langfristig zu Mehreinnahmen aus Steuern und zu geringeren Kosten wegen niedrigerer Arbeitslosigkeit. Als positive Nebeneffekte treten höhere Gesundheit und weniger Kriminalität hinzu. Wenn der Mensch nicht bloßes Humankapital wäre, man könnte versucht sein zu schlussfolgern, Bildung hat einen gesellschaftlichen Nutzen. [1019]

Download der Studie, Banca D'Italia, Sept. 2009 (auf Italienisch)

NIEDERLANDE: KRISE DER GEISTESWISSENSCHAFTEN ANERKANNT

Die Geisteswissenschaften in den Niederlanden bekommen eine Geldspritze. Noch in diesem Jahr wird das Bildungsministerium 2 Mio. Euro unter zehn geisteswissenschaftlichen Fakultäten verteilen. Für 2010 werden 10 Mio. bereitgestellt und ab 2011 sollen es jedes Jahr 15 Mio. sein.

Anlass zu dieser Großzügigkeit ist der Bericht „Nachhaltige Geisteswissenschaften“, die eine Expertenkommission unter Job Cohen, dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Amsterdam, im letzten Jahr

durchgeführt hat.

Bildungsminister Ronald Plasterk teilt die Schlussfolgerungen der Kommission: „Nicht alle Wissenschaft muss unmittelbar einsetzbar sein.“ In dem Bericht heißt es u. a.: Die Geisteswissenschaften „können uns helfen, eine Welt zu bauen, in der unsere wissenschaftlichen Fortschritte uns nicht überwältigen, sondern menschlichen Zwecken dienen.“ [838]

[Kommissionsbericht](#) „Nachhaltige Geisteswissenschaften“, 2008 (auf Englisch) | [Pressemitteilung](#) des Ministeriums, 18.11.2009 (auf Niederländisch)

ÖH SCHLÄGT NOVELLE FÜR FACHHOCHSCHULEN VOR

Der Studentendachverband ÖH hat einen Gesetzesvorschlag für die staatlichen Fachhochschulen vorgelegt.

Trotz der im Arbeitsmarkt willkommenen praxisorientierten Ausbildung und hoher Studentenmobilität stehen die österreichischen FHs nicht auf einer Stufe mit den Universitäten des Landes. Stattdessen wird dort, so Thomas Wallenberger, einer der Verfasser der Gesetzesnovelle, seit mehr als zehn Jahren „im rechtsfreien Raum“ studiert und gelehrt.

14 der 20 österreichischen Fachhochschulen erheben trotz deren gesetzlicher Abschaffung immer noch Studiengebühren, es fehlen die Gremien, in denen die Lernenden Mitspracherecht haben, und es existieren keine allgemeinen studienrechtlichen Mindeststandards. Auch der Jurist Werner Hauser von der FH Joanneum in Graz hatte jüngst die Rechtslage im Bereich des Prüfungswesens als „rechtsstaatlich bedenklich“ bezeichnet.

Die ÖH will eine gerichtliche Prüfung einleiten, sollte der Gesetzesentwurf kein Gehör finden. [961]

Zur [Pressemitteilung](#) und [Novelle](#) der ÖH, 18.11.2009

SPANIENS FORSCHUNG AM TROPF



Spaniens angestrebtes Forschungsvolumen wird schwer zu erreichen sein. Die Lissabon-Strategie sieht 3 % bis 2010 vor, doch selbst Spaniens bescheideneres Ziel von 2 % „dürften ziemlich schwer zu schaffen sein“, sagt Fernando

Cortina, Vizedirektor des Spanischen Instituts für Statistik INE, bei der Präsentation der Zahlen von 2008.

Dieses Jahr hat die Regierung selbst große Programme, die die Wissenschaft zum „Motor der spanischen Wirtschaft“ machen sollen, angeworfen und die öffentliche Debatte darüber angeheizt. Jetzt sind die harten Zahlen da: Insgesamt 14,7 Mrd. Euro, 1,35 % seines Inlandsprodukts, wurden 2008 in Forschung investiert. Der EU-Durchschnitt lag 2007 bei 1,85 % noch weit darüber. Die Situation für die spanische Forschung wird also, eingedenk der Mittelkürzungen in diesem Jahr (siehe *Bulletin N°036 - 31.10.2009*), immer dramatischer. [823]

[Pressemitteilung](#) von INE, 18.11.2009 (auf Spanisch)